Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 7 | Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage, Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post Mk. 27.— monatlich Mk. 9,— | Halver Montag, den 9. Januar 1922 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite 30 Pfg., auswärts 35 Pfg., im Reklameteil 1 mm hoch 90 mm breit 150 Pfg. | 22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die schwebende Schuld des Reiches an diskontierten Schatzanweisungen hat in den letzten 10 Tagen des Jahres 1921 um über 9 Milliarden zugenommen und betrug am 31. Dezember v. Js. 247 Milliarden Mark.

* Im Reichsfinanzministerium haben die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten über die neue Teuerungsaktion begonnen.

* Die Steuerausschüsse des Reichstages werden am 10. Januar den Versuch einer Einigung zwischen den Parteien in der Steuerfrage unternehmen.

* Die Konferenz von Cannes wurde unter Vorsitz Briands mit einer Rede Lloyd Georges eröffnet.

* Die italienische Regierung will in nächster Zeit die Liquidierung des deutschen Eigentums vornehmen, falls nicht schleunigst eine Einigung über die Ablösung erfolgt.

* Die englisch-irischen Verhandlungen sind durch einen Gegenvorschlag De Valeras in ein neues Stadium getreten.

Verirrungen.

Dunkle Strömungen durchziehen mehr als je das Geistes- und das Seelenleben der Gegenwart. Ein Teil der Menschheit, in kirchlicher Gläubigkeit erzogen, durch die Wechselfälle des Lebens aber der Religion wie der Religionsausübung mehr oder weniger entfremdet, hat sich unter den grausamen Schicksalsschlägen des Krieges und der Nachkriegszeit mehr zum Gottesglauben oder zum offenen Bekenntnis des Gottesglaubens zurückgefunden und sucht in den Tröstungen der Religion, in der Gemeinschaft mit gleichgestimmten Gemütern Aufrichtung und Erbauung in den schweren Heimsuchungen der Gegenwart. Die Kirchen sind nicht bloß an besonderen Feiertagen mehr als je von armen, anlehnungsbedürftigen Menschenkindern gefüllt, und die Religionsgesellschaften engerer oder loserer Art blühen und gedeihen allenthalben. Christliche Elternvereinigungen haben sich in Stadt und Land zur Verteidigung des religiösen Charakters der Schule, zur Aufrechterhaltung des kirchlichen Unterrichts in der überlieferten Form zusammengeschlossen, bis weit in die Arbeiterkreise hinein wird den modernen Bestrebungen auf Verweltlichung des Unterrichts aus Angst vor der davon befürchteten Entwurzelung der Jugend Widerstand entgegengesetzt.

Daneben aber sind auch die andern Richtungen üppig ins Kraut geschossen, die durch Zuhilfenahme übersinnlicher Kräfte den Mühseligen und Beladenen Trost und Erleichterung zu bringen suchen. Man weiß, daß der sogenannte Okkultismus, die Lehre von den verborgenen Dingen dieser Welt, mehr und mehr auch die Aufmerksamkeit der ernsten Wissenschaft auf sich gelenkt hat, und daß namentlich viele erfahrene Ärzte sich die erdenklichste Mühe geben, den hier und da zutage tretenden unerklärlichen Erscheinungen des Geisteslebens mit strengen Denk- und Forschungsmethoden auf die Spur zu kommen. Es ist leider nicht zu vermeiden, daß das zunehmende Interesse der Öffentlichkeit für diese menschlichem Erkennen noch verborgenen Dinge auch solchen dunklen Existenzen zustatten kommt, die ihre eingebildeten oder vorgetäuschten Verbindungen mit der übersinnlichen Welt sozusagen nur für Hintertreppenzwecke ausbeuten wollen. Wir haben schon oft, nicht nur in Großstädten, auch fernab in entlegenen Provinznestern, in einsamen Dörfern, von wunderlichen Vorgängen gehört, bei denen menschliche Dummheit, aber auch menschliches Raffinement, Ausbeutertum und betrügerisches Unwesen ihre Rolle gespielt haben. Wie alles heutzutage ist schließlich auch dieses übersinnliche Leben „organisiert" worden. Okkultistische Vereinigungen aller Art haben sich gebildet, man liest von einem Orden der Okkultisten, von einer Hochschule für Okkultistik, und es gibt sogar Professoren dieser Wissenschaft, die sich armer verwirrter Seelen mit ihrer höheren Geister- und Himmelskunde annehmen. Wozu diese Fürsorgetätigkeit in einzelnen Fällen führen kann, hat Berlin jetzt wieder an dem Beispiel einer 35 Jahre alten Verkäuferin erfahren, die, wie es scheint, unter der unmittelbaren Einwirkung einer in okkultistischer Gesellschaft genossenen Weihnachtsfeier ihrem Leben freiwillig ein Ende gesetzt hat. Mit dem sonderbaren, aber nicht zum erstenmal vernommenen Ergebnis, daß sich ihr okkultistischer Freund und Berater unverzüglich nach ihrem Tode als Universalerbe, als Testamentsvollstrecker, zum mindesten doch als ansehnlicher Vermächtnisnehmer gemeldet und bei der Beisetzung der Verstorbenen die Rolle des Totenpredigers gespielt hat. Die Dinge liegen in diesem Falle so, daß sich die Kriminalpolizei seiner annehmen müßte. Die verstörte Seele der Dahingeschiedenen wird dadurch aber nicht wieder der irdischen Welt zurückgegeben, selbst wenn es gelingen sollte, den Wust des okkultistischen Nebels mit den diesseitigen Mitteln des gemeinen Strafverfahrens zu durchdringen.

Das nur allzu berechtigte Aufsehen, das dieser Selbstmord mit seinen kennzeichnenden Begleiterscheinungen erregt hat, wird bald wieder anderen Sensationen Platz machen. Bleiben aber wird die unstillbare Sehnsucht zahlloser Menschenkinder nach irgendeinem Lichtblick aus der ihnen verschlossenen höheren Welt, nach irgendeiner Verbindung mit den Geistern heimgegangener Lieben, nach irgendeiner Aufklärung über die qualvollen Rätsel des Lebens. In ruhigen, durch den Balsam der Arbeit ausgefüllten Zeiten kommen die Menschen, sie mögen hoch oder niedrig gestellt sein, nicht so leicht aus dem Gleichgewicht ihrer seelischen wie ihrer körperlichen Verfassung. In dem sturmbewegten Dasein unserer Tage, in dem keine Ruhe mehr kennenden rastlosen Auf und Ab und Hin und Her der Geschehnisse werden wir unfähig gemacht, die gottgewollten Grenzen unserer Natur zu ertragen, entgleisen wir, stürzen wir, geraten wir in die Netze von Versuchern und Verführern und erliegen schließlich den lockenden Vorspiegelungen angeblicher Seelen- und Gotteskenner, deren Kunst leider zumeist mehr irdischen als überirdischen Ursprungs ist. Die ungesunden Verirrungen der Gegenwart können nicht deutlicher als durch Vorfälle dieser Art in ihrer ganzen Gefährlichkeit gekennzeichnet werden.

Dr. Sy.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages soll bekanntlich bald nach der Konferenz von Cannes zu einer Besprechung der außenpolitischen Lage einberufen werden. Der sozialdemokratische Parlamentsdienst erhebt dagegen Einspruch unter dem Hinweis darauf, daß die Vertraulichkeit dieser Verhandlungen meistens nicht gewahrt wird. Dazu wird aus anderen parlamentarischen Kreisen bemerkt, daß dieser Übelstand in der Tat Veranlassung geben könnte, die unbeschränkte Offenheit der Verhandlungen in diesem Ausschuß zu begrenzen, daß aber Abwehrmittel kaum durchführbar sind, da an diesen Sitzungen bis gegen 80 Abgeordnete und Regierungsvertreter teilzunehmen pflegen.

Die Erhöhung der Gütertarife.

Der Bezirkseisenbahnrat für die Eisenbahndirektionen Berlin, Stettin und Berlin-Osten verhandelte über die Erhöhung der Gütertarife um 30 Prozent, die für den 1. Februar beabsichtigt ist, ferner über Vorschläge für eine organische Einarbeitung der sämtlichen seit dem 1. Dezember 1920 festgesetzten Zuschläge in die Tarife sowie die Aufhebung der Liste A und des Verzeichnisses II des Deutschen Eisenbahngütertarifes Teil I B. Die Vertreter des Bezirkseisenbahnrates erkannten an, daß die Eisenbahnverwaltung sich in einer Zwangslage befinde, die nur auf dem vorgeschlagenen Wege der Tariferhöhung beseitigt werden könne. Demgemäß wurde die Vorlage nach längerer Verhandlung in der von der Eisenbahnverwaltung vorgeschlagenen Form angenommen.

Vor dem Ende der feindlichen Besatzung?

Im amerikanischen Kongreß hat der Abgeordnete Britten einen Antrag eingebracht, in dem Präsident Harding aufgefordert wird, auf der Abrüstungskonferenz die sofortige Zurückziehung aller alliierten Truppen aus Deutschland zu beantragen. Britten erklärt, daß dadurch jährlich 125 Millionen Dollar erspart werden könnten und Deutschland in die Lage versetzt werden würde, diese Summe zu Reparationszahlungen zu verwenden. — Vom Antrag bis zur Durchführung ist leider noch ein weiter Weg, auf dem schon viele gute Pläne stehengeblieben sind.

Bayern für das Reich.

Eine gerade angesichts der vielen beklagenswerten Mißverständnisse zwischen Nord und Süd besonders bemerkenswerte Stimme läßt sich in der Korrespondenz der bayerischen Volkspartei vernehmen, wo es heißt: Das Schicksal Bayerns ist aufewig verbunden mit dem Schicksal Deutschlands, dessen Zukunft die Zukunft aller ist, die sich Deutsche nennen. Wir können dieses Schicksal von hier aus nicht meistern; wir können aber daran mithelfen, es zum Guten zu wenden, wenn wir innerhalb der weißblauen Grenzpfähle eine gesunde, fortschrittliche und zielbewußte Politik treiben, die die Erfordernisse der Zeit richtig erkennt und danach handelt.

40 000 Gnadengesuche in Sachsen.

Aus einem Bericht des sächsischen Justizministeriums ergibt sich, daß im letzten Jahre etwa 40 000 Gnadengesuche eingingen. In nahezu 13 000 Fällen wurden teils Strafaufschub, teils vorzeitige Haftentlassung und andere Gnadenerweise gewährt. Die Prüfung eines humaneren Strafvollzuges sei im Gange; auch hat man Hafterleichterungen in den kleineren Gefangenenanstalten ausgeprobt, die allgemein eingeführt werden sollen.

Für den großdeutschen Gedanken.

Der neue deutsche Gesandte in Wien, der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer, hat sein neues Amt mit einer Erklärung angetreten, die im ganzen Reiche lebhaftesten Dank ernten wird. Er sagte in einer Unterredung: „Ich betrachte den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland, selbstverständlich im Rahmen der für den Augenblick bestehenden Bedingungen, als hauptsächliche Vorbedingung für den Wiederaufbau Mitteleuropas, wobei ich allerdings der Meinung bin, daß das zeitliche Ausmaß der Durchführung des Anschlusses ganz von Österreich bestimmt werden muß. **Eine Aufklärungsarbeit, die sich in der Richtung bewegt, die Welt von der inneren Notwendigkeit des Anschlusses zu überzeugen, sehe ich als einen Hauptteil der Aufgabe an, die mich in Wien erwartet."**

Rußland.

× **Die Bedeutung des Umschwungs der russischen Politik,** der sich durch die Beschlüsse des allrussischen Rätekongresses zu erkennen gab, wird von einem Kenner der Ostpolitik, dem früheren sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Ostpreußen, August Winnig, dahin beurteilt, daß die Tagung des Rätekongresses und insbesondere sein Beschluß über das Privateigentum weltpolitische Bedeutung erhalten könne. Rußland öffne damit dem Kapital zur Erneuerung seiner Wirtschaft die Tür. Jetzt sei die Frage: wie wird das Eindringen des fremden Kapitals auf Rußlands Stellung in der Weltpolitik wirken? Wird es bleiben, was es bisher trotz seiner Not und seines Verfalls war, ein aktives Element, — oder wird es ein willenloses Objekt der kapitalstarken Siegerstaaten werden? In dieser Frage stecke das weltpolitische Problem der Zukunft.

Litauen.

× **Polnische Wahlmanöver.** Wie seinerzeit bei der Abstimmung in Oberschlesien, so betreibt die polnische Regierung jetzt auch bei der Vorbereitung der Wilnaer Sejmwahl, die am 8. Januar stattfinden soll, allerlei Wahlmanöver. Aus Polen und namentlich aus Oberschlesien sind viele erprobte Agitatoren eingetroffen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die Wahl. Da die Polen sich isoliert fühlen, ziehen sie Wähler aus Polen zur Verstärkung heran. Den Litauern ist die Wahlagitation jedoch unmöglich gemacht. Und die Polen bedrohen jeden mit Gefängnis, der andere auffordert an der Wahl nicht teilzunehmen.

Amerika.

× **Das Washingtoner Marineabkommen** wird u. a. enthalten: Bestimmungen über die Einschränkungen der Tonnage, des Kalibers der Geschütze und die Zahl der Schiffseinheiten erster Klasse; über die Anwendung der U-Boote und das Verbot, Handelsschiffe zu Kriegszwecken zu verwenden; ferner Bestimmungen über die Verwendung von Bomben im Luftkriege und Regeln für den Bau von Schiffen auf Privatwerften für Rechnung fremder Staaten.

Aus In- und Ausland.

Beuthen. Die deutsch-polnischen **Wirtschaftsverhandlungen** sind in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. In den einzelnen Unterkommissionen wurden insbesondere diejenigen Fragen erörtert, über die bisher noch keine Einigung erzielt werden konnte.

Oppeln. Vier polnische Oberschlesier, die kürzlich bei einem Überfall einen italienischen Soldaten töteten, wurden von dem Sondergericht in Oppeln wegen fahrlässiger Tötung zu 22, 18, 12 und 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Man kann die Frage aufwerfen, wie wohl das Urteil gelautet hätte, wenn sich Deutsche ein solches Verbrechen hätten zuschulden kommen lassen.

Prag. Die deutsche Gesandtschaft teilte dem Ministerium des Äußern die Ernennung des Professors Dr. Hollmann zum deutschen Landwirtschaftsattaché für die östlichen und südöstlichen europäischen Staaten mit. Dr. Hollmann wird seine Tätigkeit auf die Städte Bukarest, Sofia, Belgrad, Athen, Prag, Budapest und Warschau erstrecken.

London. „Manchester Guardian" berichtet, daß **Keynes** ein neues Buch geschrieben hat, das den Titel führt: „Eine Revision der Verträge". Das Buch behandelt u. a. das **Reparationsproblem** in seiner augenblicklichen Gestalt.

Belfast. In einer der letzten Nächte kam es wieder zu Straßenkämpfen um den irischen Friedensvertrag, die als die wildesten in der Geschichte dieser unruhigen Stadt bezeichnet werden. Das Militär griff mit Panzerwagen ein. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden Bomben geworfen.

Berlin. Im Reichsministerium des Innern wird ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der Richtlinien für die Ausübung der **Feuerbestattung** aufstellt.

Berlin. In der Berliner Stadtverordnetensitzung wurde Stadtverordneter Dr. **Caspary** (D. Vp.) mit 110 gegen 103 Stimmen, die auf Franz Krüger (S. P. D.) fielen, zum Vorsteher wiedergewählt.

Wien. Der **Exkaiserin Zita** ist von der Schweizer Regierung verboten worden, das Schloß Wardegg am Bodensee zu betreten. Zita wird deshalb ihre Kinder in Zürich erwarten. Sie wird zunächst mit ihren älteren Kindern nach Madeira zurückreisen; die jüngeren Kinder sollen später folgen.

Budapest. Eine Oldenburger Abordnung ersuchte den Ministerpräsidenten Grafen Bethlen um Zusicherung sprachlicher Rechte für die deutschsprechende Bevölkerung Ungarns und Einführung der **deutschen Unterrichts- und Amtssprache** in den deutschen Gegenden. Der Ministerpräsident sagte die Erfüllung der Wünsche zu.

Konferenzbeginn in Cannes.

Vorschlag von Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland.

Am Freitag mittag hat der Oberste Rat nach einigen Vorbesprechungen seine erste Vollsitzung in Cannes unter dem Vorsitz Briands eröffnet. Lloyd George sollte die erste Rede halten. Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß der Gedanke einer **großeneuropäischen Konferenz** an Boden gewinnt. Italien sei mit dem Plan einverstanden. Belgien und Frankreich machten ihre Zustimmung davon abhängig, daß vor dieser Wirtschaftskonferenz die Wiedergutmachungsfrage endgültig erledigt werde; man glaubt jedoch, daß sich diese Bedingung schwerlich erfüllen läßt. Die Grundlage der unverbindlichen Vorbesprechungen zwischen den Delegierten war

der Vorschlag Lloyd Georges.

Da Deutschland nach britischer Ansicht nicht in der Lage ist, die Beträge am 15. Januar und 15. Februar voll zu begleichen, so würde von ihm im Laufe des Jahres 1922 nur eine **Gesamtsumme von 500 Millionen,** zahlbar in monatlichen Raten von 125 Millionen von jetzt ab bis 15. April, verlangt werden. Die Hälfte dieses Betrages würde an Belgien fallen, das ein Vorrecht auf zwei Milliarden Goldmark hat, **England** würde seinerseits auf nahezu den ganzen Betrag von 500 Millionen Goldmark **verzichten,** welche ihm zustehen, und würde nur 60 bis 80 Millionen erhalten. Italien, welches 180 Millionen erhalten sollte, würde ebenfalls ein bedeutendes Opfer bringen müssen. Das Abkommen Loucheur-Rathenau würde von England angenommen. Das britische Projekt würde sich besonders auf die Zahlungen im Jahre 1922 beziehen. Es umfasse gleichzeitig ein System von

Garantien zur Ordnung der deutschen Finanzen,

denn das sei die Grundbedingung für jede Regelung der Reparationsfrage. Das Garantiesystem schließe insbesondere ein:

1. eine Kontrolle der Reichsbank;
2. die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Eisenbahntarife;
3. die Besteuerung der deutschen Kohle, damit sie zum Weltmarktpreis verkauft werde;
4. die Einschränkung des Papiergeldumlaufs.



Am Freitag nachmittag 3 Uhr starb plötzlich und unerwartet meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Georg Angelsdorf

Berta geb. **Kattwinkel**

im Alter von 32 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Felderhof b. Kierspe, den 6. Jan. 1922

Die Beerdigung findet am Montag, den 9. Jan. nachm. 2½ Uhr vom Sterbehause aus statt.
Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten, so diene diese als solche.



Heute nachmittag verschied nach langem, schweren Leiden unser hochverehrter Chef

Herr Fabrikbesitzer

Hugo Wilmsmann.

Wir verlieren in demselben einen in jeder Beziehung wohlwollenden und treusorgenden Vorgesetzten, dem unser Wohl allzeit am Herzen lag. Sein edler Charakter und sein treubiederer Sinn sichern ihm auch über das Grab hinaus bei uns ein dauerndes Andenken, das wir hoch in Ehren halten werden.

Die Beamten und Arbeiter des Märkischen Werks G. m. b. H.

Halver, den 6. Januar 1922.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen sprechen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Familie Fritz Voerster.

Kierspe, im Januar 1922.

Unter dem **Viehbestande** des **Landwirts Hugo Halverscheid in Grünenbaum** ist die **Maul- und Klauenseuche** ausgebrochen.

Halver, den 6. Januar 1922. **Der Amtmann.**

Bekanntmachung.

Das Oberversicherungsamt in Arnsberg hat auf Grund des § 149 der R. V. O. für den Kreis Altena die **Ortslöhne** mit Wirkung vom 1. Januar 1922 wie folgt festgesetzt:

a) für männliche Personen:

unter 16 Jahren	10,50 Mk.
von 16—21 Jahren	17,50 „
über 21 Jahren	22,— „

b) für weibliche Personen:

unter 16 Jahren	8,50 Mk.
von 16—21 Jahren	11,50 „
über 21 Jahren	15,— „

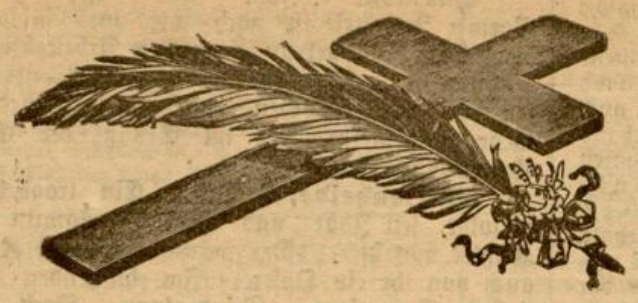
Altena, den 30. Dezember 1921.

Versicherungsamt.
Der Vorsitzende:
Thomée, Landrat.

Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.

Nach dem Reichsgesetze vom 26 Juni 1921 (R. G. Bl. S. 773) ist von den Nutzungsberechtigten aller Gebäude, die vor dem 1. Juli 1918 errichtet sind, für die Rechnungsjahre 1921 bis 1941 eine Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues zu erheben. In Preußen wird die Abgabe gemäß § 9 R. G. und Artikel 1 der Verordnung des Ministers für Volkswohlfahrt und des Finanzministers vom 22. November 1921 durch Zuschläge zu der nach dem Gesetze vom 21 Mai 1861 staatlich veranlagten Gebäudesteuer erhoben. Die in Betracht kommenden Bestimmungen der Verordnung lauten:

Statt besonderer Anzeige.



Heute nachmittag 4 Uhr entschlief sanft nach langem, schweren Leiden im Alter von beinahe 52 Jahren mein geliebter Mann, unser guter, treusorgender Vater, Schwiegersohn und Schwager,

Fabrikbesitzer

Hugo Wilmsmann.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Frida Wilmsmann
geb. Opderbeck.

Haus Heide b. Halver i. W., den 6. Januar 1922.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 10. Januar, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause aus statt.
Trauerfeier 3 Uhr.

Verordnung

betr. die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in Preußen.

Auf Grund der §§ 9 und 12 des Reichsgesetzes vom 26. Juni 1921 (R. G. Bl. S 773) wird hiermit folgendes verordnet:

Artikel 1.

Als Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues werden in Preußen vom 1. Oktober 1921 ab bis auf weiteres Zuschläge zu der auf Grund des Gesetzes vom 21. Mai 1861 veranlagten staatlichen Gebäudesteuer erhoben, soweit die Gebäude abgabepflichtig und vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind.

Artikel 2

Der Zuschlag beträgt 5 v. H. des jährlichen Nutzungswerts. Dementsprechend werden erhoben:

a) 125 v. H. der Gebäudesteuer bei allen nach § 5 zu 1 des Gebäudesteuergesetzes zu 4 v. H. des Gebäudesteuernutzungswerts veranlagten Gebäuden (oder Gebäudeteilen) mit Ausnahme derjenigen Wohngebäude, die zu landwirtschaftlichen Betrieben gehören und im wesentlichen für die in diesem Betriebe tätigen Personen bestimmt sind.

d) 250 v. H. der Gebäudesteuer bei allen nach § 5 zu 2 des Gebäudesteuergesetzes mit 2 v. H. des Gebäudesteuernutzungswertes veranlagten Gebäuden (oder Gebäudeteilen),

c) 250 v. H. der Gebäudesteuer bei den unter a aufgenommenen, zu landwirtschaftlichen Betrieben gehörigen Wohngebäuden, deren Gebäudesteuernutzungswerte nach Mietpreisen festgestellt worden sind,

d) 350 v. H. der Gebäudesteuer bei den unter a ausgenommenen, zu landwirtschaftlichen Betrieben gehörigen Wohngebäuden, deren Gebäudesteuernutzungswerte nicht nach Mietpreisen festgestellt worden sind.

Artikel 3.

Die Verwaltung der staatlichen Abgabe mit Ausnahme der Einziehung wird den Behörden, die die staatliche Gebäudesteuer verwalten, übertragen.

Die Einziehung der Abgabe erfolgt gegen eine vom Finanzminister festzusetzende Entschädigung durch die Gemeinden.

Artikel 4.

Die Zuschläge nach Artikel 2 zu c und d können auf Antrag ermäßigt werden, wenn der Gebäudeeigentümer den Nachweis erbringt, daß die Abgabe mehr als 5 v H. des Friedensnutzungswertes sämtlicher zu der ländlichen Besitzung gehörigen Wohn- und Betriebsgebäude beträgt.

Der Antrag ist binnen einem Monat nach Zustellung der Zahlungsaufforderung beim Regierungs-Präsidenten, für Berlin beim Präsidenten der Ministerial-, Militär- und Baukommission zu stellen. Gegen deren Entscheidung ist binnen einem Monate die Beschwerde an den Finanzminister zulässig. Der Finanzminister entscheidet endgültig.

Artikel 5.

Artikel 4 Abs. 2 gilt sinngemäß bei Anträgen, die sich gegen die Abgabepflicht der Gebäude (§ 3 des Reichsgesetzes) richten.

Artikel 6.

Die Gemeinden haben zu den nach Artikel 2 und 3 zu erhebenden staatlichen Zuschlägen ihrerseits Zuschläge in gleicher Höhe zu erheben, deren Ertrag lediglich zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und Siedlung zu verwenden ist.

Die Verpflichtung zur Erhebung der Zuschläge wird für Gutsbezirke, Landgemeinden und nicht kreisfreier Städte den Kreisen übertragen. Ueber die Verwendung des Ertrags der von ihnen erhobenen gemeindlichen Zuschläge beschließt ein Ausschuß, der aus dem Landrat und fünf vom Kreistag zu wählenden, im Wohn- und Siedlungswesen erfahrenen Personen zu bilden ist von denen mindestens drei beamtete Mitglieder einer Gemeindeverwaltnng sein müssen. Der Landrat führt den Vorsitz, seine Stimme gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag.

Stadtgemeinden mit über 10000 Einwohnern ist auf Antrag vom Regierungs-Präsidenten das Recht zu gewähren, die gemeindlichen Zuschläge selbständig zu erheben und zu verwenden.

Entsprechende Anträge von anderen Gemeinden unterliegen der Entscheidung des Regierungspräsidenten.

Ueber Anträge auf Erhöhung der gemeindlichen Zuschläge bis zum dreifachen der nach Artikel 2 und 3 zu erhebenden staatlichen Zuschläge entscheidet der Regierungspräsident, für Berlin der Oberpräsident. Weitergehende Anträge sind dem Minister für Volkswohlfahrt zur Entscheidung vorzulegen.

Im Bezirke des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk entscheidet in den Fällen der Absätze 3 und 4 der Verbandspräsident und im Falle des Abs. 5 der Verbandspräsident zusammen mit dem Regierungspräsidenten.

Artikel 7.

Die Steuerbehörde hat auf Antrag die Abgabe auf die Nutzungsberechtigten gemäß § 9 Abs. 2 des Reichsgesetzes zu verteilen. Dem Antrage sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen. Gegen die Verteilung ist binnen einem Monate die Beschwerde beim Regierungspräsidenten, für Berlin beim Präsidenten der Ministerial-, Militär- und Baukommission zulässig.

Die Beträge, die von den Nutzungsberechtigten der Gebäude oder Gebäudeteile an den zur Abgabe Verpflichteten zu erstatten sind (§ 9 Abs. 2 R. G.), können wie Gemeindeabgaben beigetrieben werden.

Berlin, den 22. November 1921.

Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt:
gez. Hirtsiefer.

Der Preußische Finanzminister: gez. v. Richter

Veröffentlicht.

Altena, den 2. Januar 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Thomée, Landrat.

(Staatsmedaille, goldene Ausstellungspreise)

PIANOS Flügel, Harmoniums und Kunstspiel-Instrumente

unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit

mit Klangsteg D. R. G. M. 458403

Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügelfabrik
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.

Der Plan über die Herstellung einer oberirdischen Telegraphenlinie an dem Gemeindewege **Antlenberg — Rinschen-Schmidthausen** liegt bei dem Postamt in Rönsahl (Bez Dtmd.) von heute ab 4 Wochen aus.

Telegraphen-Bauamt Hagen (Westf.)

Wir suchen noch jugendl. Arbeiter u. Arbeiterinnen

für lohnende Akkordarbeit

Gebr. Berker,
Schalksmühle i Westf.

Zigarren! Zigaretten!
Rauch- und Kautabake
nur beste Qualitäten!
Echte Bruyerepfeifen u. -Mutzen!
Zigarren- u. Zigarettenspitzen
Tabakdosen und -Beutel.
Zigarren- u. Zigarettenetuis
in großer Auswahl empfiehlt

Fritz Hermann Bohmer,
Schalksmühle.

Landwehr-Verein Halver.

Zur Teilnahme an der Beerdigung unseres ehemaligen Vorsitzenden

Major d. L.

Hugo Wilmsmann

zu Haus Heide

wollen die Mitglieder am Dienstag, den 10. Januar, nachm. 3¼ Uhr am Vereinslokal antreten. Gewehrabteilung mit Gewehr 2.

Der Vorstand.

Vereinigte Turn- und Spielvereine Halver.

Zur Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes

Herrn

Hugo Wilmsmann

wollen sich die Mitglieder am Dienstag, den 10. Jan., nachmittags 3¼ Uhr im Vereinslokale zahlreich einfinden.

Der Turnrat.

Visitenkarten liefert schnell und billig die **Buchdruckerei Wilh. Bell jr.** Halver i. Westf.

Volmer Turn-Verein Oberbrügge.

Die **Turnstunden** finden von jetzt ab wie folgt statt:

Damen-Abteilung
Freitag abend,
Männer- und Jugend-Abteilung
Samstag abend

Der Vorstand.

Sämtliche

Bürsten-Waren

Kleiderbürsten
Hutbürsten
Reisebürsten
Haarbürsten
Nagelbürsten
Wichsbürsten
Waschbürsten
Abseifbürsten
Handfeger
Haarbesen
Straßenbesen
usw. usw.
empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.